

Dirk Vogelskamp

Die Zukunft einer radikaldemokratischen Linken: außerparlamentarische Opposition oder Rückkehr zur Staatlichkeit?

Die Fragestellung scheint überholt und längst beantwortet. Als hätten Johannes Agnoli und Peter Brückner mit ihrer vor vierzig Jahren erschienenen, immer noch aktuellen Schrift „Die Transformation der Demokratie“ nicht dargelegt, wie sich demokratische Institutionen in kapitalherrschaftssichernde und den demokratischen Souverän entmachtende verwandeln. Sie haben zugleich den Mechanismus aufgezeigt, mit dem eine radikaldemokratisch angetretene Opposition über Wahlen, Parteien und Parlament ins politische Herrschaftsgetriebe integriert und verstaatet wird.¹ Die junge Geschichte der Partei „der GRÜNEN“ haben ihre Analyse nachdrücklich bestätigt.

Radikaldemokratische, auf gesellschaftlich Emanzipation zielende politische Opposition kann nur außerinstitutionell und außerparlamentarisch erfolgen. Sicherlich, jede politische Generation muss sich, die jeweiligen Zeitumstände reflektierend, von neuem die Kritik des bürgerlichen Verfassungsstaates, seiner Rückentwicklung (Involution) zum autoritären (Wettbewerbs)Staat, aneignen und sie weitertreiben. Insofern ist unter den Bedingungen kapitalistisch getriebener Globalisierung und deren katastrophalen Folgen für Menschen und Umwelt, die sich vor allem jenseits der Herrschaftszentren auswirken, erneut nach sozialen Orten zu fahnden, aus denen heraus Gesellschaft in radikaldemokratischer Absicht verändert werden könnte. Die Totalität kapitalistischer Herrschaftsordnung scheint übermächtig. Nirgends ein Ort, an dem sich radikaldemokratische Fortschritte statt permanente Rückschritte ausmachen ließen. Das macht den resignativen Charakter dieser Zeit aus.

Zugleich – und höchst widersprüchlich – bietet eine technisch vernetzte Welt Informationen und Berichte zuhauf, wie und wo überall Menschen gegen die Anforderungen und Zumutungen kapitalistischer Herrschaftsordnung protestieren und Widerstand organisieren. Wie Menschen kollektiv eigne Initiativen ergreifen, sich zur Wehr setzen, Assoziationen bilden, ihre materielle Bedürftigkeit und ihre sozialen Bedürfnisse in kämpferische Rechtsforderungen übersetzen, durchsetzen, oder – oft genug – gewaltsam niedergehalten werden. Hier und anderswo. Die Fülle der Kämpfe gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die Fülle der vielfältigen sozialen Bewegungen und Initiativen sind verwirrend und unübersichtlich. Ermutigend zugleich. Sie stürzen keine Herrschaft und sind doch untergründig wirksam. Die Weltsozialforen geben einen Eindruck davon. Wo anders als in den Quartieren der unterdrückten elendigen, verlassen und ausgebeuteten Menschen, die sich widersetzen,

¹ vgl. Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt a.M. 1967, Voltaire Verlag.

die wissen, wenn die gewaltsam aufrechterhaltenen Ungleichheitsbedingungen nicht fortbestehen sollen, müssen sie selbst sie ändern, wo anders als an diesen Orten und in diesen Kämpfen entsteht *aus* und *in* den alten Verhältnissen demokratisches Bewusstsein neu: herrschaftskritisch, selbstbewusst, solidarisch. Die Kehrseite, Apathie, Resignation und Gewalt in den Schütterzonen der Globalisierung, die bis in die metropolitanen Elendsquartiere reichen, darf nicht verschwiegen werden. Wer mag nicht in den weltweiten disparaten Auseinandersetzungen mit den Unterwerfungsstrategien kapitalistischer Herrschaft die Chance einer anderen, möglichen Welt zu sehen? Nur weil die Zitadellen der Macht uneinnehmbar erscheinen? Diese Spuren des Widerstand müssen um des kapitalistischen Herrschaftserhalts willen getilgt werden und dürfen in den herrschenden Medien möglichst nicht auftauchen. Für viele Bürgerinnen und Bürger bleiben sie deshalb unsichtbar.

Die Machtlosigkeit „der Linken“, nämlich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nach eigenen, als richtig erkannten Kriterien gestalten zu können, trübt das Bewusstsein derer, die sich in diesem Sinne „links“ fühlen, je länger dieser Zustand andauert. Dann sprießt erneut der Glaube an die parlamentarischen Formen liberaler Demokratie. Viele derjenigen, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit in radikaldemokratischen und militanten Basisinitiativen verbracht haben, sind, sozialpsychologisch verständlich, besonders empfänglich für politische Machtverlockungen. Wen wundert es daher, dass ausgerechnet Leute, die sich dem linksradikalen Flügel der globalisierungskritischen Bewegungen zurechnen – die staatsfrommen, steuergeldabhängigen (Nicht)-Regierungsorganisationen zähle ich nicht dazu –, den Zugang zu Parteien und Staatlichkeit neu entdecken. Der linke Intellektuelle nennt diese wiedergewonnene Ansicht heute lieber „Erfindung“, als sei dieselbe tatsächlich neu. Vorgetäuscht wird ein noch nie beschrittener Weg. Die Rückbesinnung auf den „Staat des Kapitals“ wird sprachakrobatisch vernebelt und analytisch mit der historisch günstigen Globalkonstellation legitimiert.

Parteipolitische Verlockungen und neue Ergebnisadressen an „den Staat“

Nach den gelungenen Protesten rund um das Heiligendammtreffen der acht vermeintlichen Weltenlenker global mächtiger Wirtschaftsnationen im Juni 2007 wird allerorten in den unterschiedlichen Diskussionszirkeln – auch im *Komitee für Grundrechte und Demokratie* – die Frage aufgeworfen, wie die Dynamik der Proteste, – der „linke Aufbruch“ von Rostock, wie es verheißungsvoll heißt –, fortgesetzt werden kann. Ein außergewöhnlich breites Aktionsbündnis hatte die Aktionstage rund um den Herrschaftsgipfel vorbereitet. Der Protest der vielen Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen unterschiedlicher politischer Herkunft richtete sich gegen

eine Weltordnung, in der man die Kapitalrendite fortwährend maximal steigert und zugleich die Leichenberge wachsen. Mit einer derart drastischen Beschreibung „des Weltsystems“ eröffnete der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, den Anti-G8-Gipfel². Ihr konnten gewiss nicht alle „regierungsunabhängigen“ Organisationen und „linken“ Parteien zustimmen. Deren Vorteil jedoch ist: sie lässt keine Illusionen zu über den Zustand der Welt im Zeitalter „der Globalisierung“. Sie benennt nüchtern Gewinner und Verlierer. Sie zieht die Bilanz todbringender Kapitalherrschaft. Die Frage, wie diese Verhältnisse umzustürzen sind, ist keine akademische, sie ist eine Überlebensfrage. Eine der Initiativen, die die Proteste und den Gegengipfel mit organisiert hatte, ist die „Interventionistische Linke“, ein Zusammenschluss undogmatischer linker Aktivistinnen und Aktivisten aus diversen linken Zeitungsredaktionen und autonomen Gruppen. Einer ihrer medial in Szene gesetzten Vertreter ist der Philosoph, Redakteur und Öffentlichkeitsarbeiter Thomas Seibert.³ In der aktuellen Ausgabe des Magazins „Fantomas“ gibt er in einem schwer verständlichen, unnötig theorieheischenden Jargon Auskunft darüber: „Welche Zeit läuft ab? Welche beginnt?“⁴ Erst wertet Seibert die Proteste der „anti-neoliberalen Linken“ rundum als Erfolg. Einen solchen macht er ebenso in der Gründung der „Linkspartei“ aus. Seibert will „vermessen“, was für die „kritische Linke“ auf dem Spiel stehe angesichts des Bewegungspluralismus⁵ und der „offenbaren Krise des Neoliberalismus“, die er einerseits in der Krise ihrer ideologischen Herrschaft (Hegemonie) und andererseits in der heraufziehenden neuen wirtschaftsmächtigen und global expandierenden Staatenkonkurrenz gegeben sieht (China, Indien und die „anti-neoliberalen Regierungen Lateinamerikas“). Was stehe auf dem Spiel, fragt er rhetorisch, wenn sich nicht alle anti-neoliberalen Akteure – einschließlich regierungsunabhängiger Organisationen, Gewerkschaften und Parteien – in einer Allianz „linker Kräfte“ verbänden. Sonst drohten der reformistischen Mehrheit Systemintegration, der radikalen Minderheit Marginalisierung und die „Entpolitisierung“ des plebejischen Rests, der „Massen“. Um die „notwendige“ Verbindung einsichtig zu machen, wählt er den Schleichweg über die „globalen sozialen Rechte“, wie sie in dem „Netzwerk für globale soziale Rechte“, angesiedelt bei „medico international“, als Plattform und Sammelbecken verschiedener globalisierungskritischer Organisation entwickelt worden sind.⁵ Unter der gleichen Losung sammeln sich inzwischen weltweit soziale Initiativen und Organisationen. Die Forderung nach „globalen sozialen Rechten“, für die in der BRD verschiedene Initiativen

² vgl. die Auszüge aus der Rede von Jean Ziegler in: „Sand im Getriebe“ Nr. 61, 10. Oktober 2007 unter: <http://sandimgetriebe.attac.at/6050.html/>

³ vgl. Jana Simon und Stefan Willeke, Die Mobilmacher, in: die Zeit Nr. 23 vom 31. Mai 2007, S. 17ff (Dossier).

⁴ Vgl. Thomas Seibert, Neue Gemeinplätze (Teil II), in: Fantomas – Magazin für linke Debatte und Praxis – Nr. 12, Winter/Frühjahr 2008, S. 43-45. Seibert legt in dem Artikel den euphorischen Satz aus der Bilanz der „Interventionistischen Linken“ aus: „Das Spektakel der G8 ist geplatzt, ihre Zeit läuft ab, unsere bricht an.“ (ebenda, S. 43).

⁵ vgl. <http://www.medico-international.de/aktiv/netzwerk.asp>

und Organisationen stünden (exemplarisch: Recht auf Nahrung/FIAN, Gesundheitsversorgung/medico international, Bewegungsfreiheit/kein Mensch ist illegal ...), nähme die „mögliche andere Welt“ diskursiv und in ihren Kämpfen um diese Rechte vorweg. Aus dem weltweiten Kampf um soziale Rechte, würde dieser nur gesellschaftsmächtig und politisch druckvoll genug geführt, würden im Prozess ihrer Durchsetzung staatlich gewährte Rechte. So die simple Logik. Wohlahnend, dass in Deutschland auf nationalstaatlicher Ebene die staatlichen Rechtssetzungsmöglichkeiten inzwischen erheblich eingeschränkt sind, wird der ganze Rechtsforderungssermon nun als „Projekt der Gesellschaftsveränderung“ auf die europäische Ebene gehoben. Als ob den europäischen Bevölkerungen gerade dort ohnehin wirkungslose demokratisch parlamentarische Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten angemessen zur Verfügung stünden. Kein Wort findet sich bei diesen Enthusiasten globaler sozialer Rechte „mit transnationaler Geltung“ über die zwangsläufige Durchsetzungsgewalt des Rechts, angenommen, ein Teil der globalisierungsbedingt dauerhaft Privilegierten machte dieselben nicht zu ihren.⁶ Was dann? Und sollen die „globalen sozialen Rechte“ notfalls wie die Menschenrechte, die, recht verstanden, ohnehin soziale Rechte enthalten, gewaltsam exportiert werden? Die klammheimliche Legitimation der „Staatsgewalt“ ist dieser Gedankenkonstruktion inhärent und kann ihre gewaltgestützten Staatsmachtphantasien kaum kaschieren. Sie nährt die Illusion, zuerst partei-, dann staatsmächtig könne mit den Mitteln institutioneller Macht auf Befreiung zielende Gesellschaftsveränderung durchgesetzt werden. Sie durchbricht nicht den verhängnisvollen, Gewalt erhaltenden Zirkel aus staatlich gesetztem Recht und „legitimem“ staatliches Recht durchsetzenden Gewaltmonopol.⁷ Eine *andere* Welt ist möglich, so das unbestimmte „Programm“ der globalisierungskritischen Bewegungen, in das, wie sich beispielhaft zeigt, alle hineinlesen können, was ihnen beliebt, selbst wenn es mit der „Charta der Prinzipien des Weltsozialforums“ nur schwer vereinbar ist. In dieser sind zumindest Vorsichtsmaßnahmen vor parteipolitischer Vereinnahmung getroffen und ist die Trennung von Parteien und sozialen Bewegungen vereinbart worden.⁸ Seibert will „nicht mehr ausschließen“, dass in Zukunft auch außerhalb Lateinamerikas anti-neoliberale Regierungen an die Macht kämen oder sich entsprechende gesellschaftliche Mehrheiten herausbildeten. Diese Entwicklung werde durch die sozialen und politischen Katastrophen begünstigt, die die aggressive kapitalistische Globalisierung begleiten. Die Gegenkräfte wüchsen gleichsam einer anti-neoliberalen „Realpolitik“ zu. Er unterschlägt, dass diese „anti-neoliberalen

⁶ Die Reporter des in Fn. 2 angeführten Zeit-Dossiers begleiteten Seibert zu einer Arbeitsgruppe, die sich auf die Protesttage vorbereitete und auf der er das Programm der globalen sozialen Rechte vorstellte. Auf die Frage, wer diese schöne neue Rechtswelt schaffen solle, zitiert die Zeit: „Am besten die UNO.“

⁷ vgl. Wolf-Dieter Narr, Staatsgewalt, in: Das Argument, 47. Jg., Heft 5/6 2005, Gewaltverhältnisse, S. 63 – 82.

⁸ vgl. <http://weltsozialforum.org/prinzipien/>, insbesondere Artikel 8 und 9 der Charta. Seibert spricht davon, dass der Konsens von Porto Alegre relativiert werden müsse (vgl. Fn. 3, a.a.O., S. 45).

Regierungen“ die Kämpfe des rebellierenden „lateinamerikanischen Hinterlandes“ kanalisieren, schwächen und enteignen.⁹ „Realpolitik“! – man traut seinen lesenden Augen bei diesem herrschaftlich gefassten Begriff kaum.¹⁰ Aber es kommt „linksradikal“ noch gewagter: „Realpolitik“ bedeute, dass sie „immer auch staatliche Politik und damit Sache einer ... Staatlichkeit sein wird“. Das heiße nichts anderes: ein Teil der anti-neoliberalen Allianz werde selbst Staat werden.¹¹ Damit sind für ihn die politischen Parteien aufgerufen, die mit den sozialen Bewegungen verbunden sind. Er ahnt, welchen politischen Spagat er seiner Leserschaft zumutet. Darum spricht er konsequent von „Kollaboration“ und „Komplizenschaft“. Die radikalen, sprich, außerparlamentarisch orientierten, auf der einen und die moderaten linken Kräfte auf der anderen Seite müssten ihre Differenzen neu bestimmen. Es gehe nicht mehr um Ausschließlichkeit, sondern um Arbeitsteilung. In diesem Aushandlungsprozess falle der Partei die entscheidende Rolle zu. Letztlich bleibt bei Seibert „der Staat“ die entscheidende Instanz, der die erkämpften Rechte dauerhaft für jeden garantieren müsse. Er will den reformistischen Kampf im Staat (kommt selbstredend den neuen Linksparteien zu) und den bewegungsaktiven Kampf gegen den Staat auf Dauer stellen. Der Text biedernd sich der „Linkspartei“ an. Vor Jahrzehnten erfand man „grün-alternativ“ für diese Konstruktion den Ausdruck vom „Spiel- und Standbein“. Da die „Linksradikalen“ gerade Europa neu entdecken, in dem man dem transnationalen Kapital reformistisch einen neuen, nationalstaatlich gerade erst aufgekündigten „Klassenkompromiss“ abringen will, komme hier nur eine Allianz der europäischen „neuen Linksparteien“ in Frage, deren Charakter postkommunistisch und postsozialdemokratisch sein müsse. Er müsse zwischen den traditionellen linken Vorstellungen von „revolutionär“ und „reformistisch“ angesiedelt sein. Dabei ist der Kampf um „globale soziale Rechte“ für Seibert eine Chiffre für den permanenten radikalen Reformismus – jenseits kommunistischen Staatsumsturzes und sozialdemokratischer Zählung des Kapitalismus –, den die „radikale Linke“ seit einigen Jahren für sich entdeckt hat. Seibert schwebt eine modernisierte Sozialdemokratie nach dem Modell der US-amerikanischen Demokraten vor. Er wirbt offensiv für sein kollaboratives Modell zwischen dem moderaten und radikalen Flügel der Altermondialisten, mit dem die neue Zeit der anti-neoliberalen „Linken“ transnational anbrechen werde. Das „Politikum“ klammert er aus, die in Privatbesitz

⁹ vgl. Das Interview von Marian Sitrin mit John Holloway: Gegen und jenseits des Staates: <http://zmag.de/artikel/gegen-und-jenseits-des-staates> (vom 3. Oktober 2007).

¹⁰ Ich danke Wolf-Dieter Narr, der freundlicherweise den Artikel kritisch gegengelesen hat, für seinen nachfolgend wiedergegebenen Hinweis zum Begriff der Realpolitik: „Realpolitik“, den die von mir bisher weitgehend übersehenen Vertreter eines globalen politischen Biedermeier offenkundig wieder aus der Wortversenkung holen, ist Teil der deutschen Sprache seit 1853 ein gewisser Karl Ludwig von Rochau ein Büchlein über ‚Realpolitik‘ veröffentlichte, in dem er, enttäuschter 1848er Liberaler präventiv die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik als das neue Elixier verkündete, da die ‚Idealpolitik‘ 1848 gescheitert ist. Insofern bedeutet der aktuelle Wortgebrauch nicht nur eine Wiederholung, er ist, wie dies fast immer gilt, eine verräterische (Nahezu-)Tautologie.“

¹¹ vgl. Fn. 3, a.a.O., S. 44.

befindlichen Produktionsmittel und die marktgetriebene private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, auf denen alle politische Herrschaft aufruhrt und die politische Form der Gesellschaftsordnung bestimmen.¹² So werden Staat/transnationale Staatlichkeit und „radikale Linke“ über das wohlklingende Ticket „globale soziale Rechte“ in und mit der „modernisierten Sozialdemokratie“ miteinander versöhnt. Die Illusion eines emanzipatorischen Gebrauchs des staatlichen Gewaltmonopols wird erneut „linksradikal“ gepredigt. Als könne der Staatsapparat „grundsätzlich für alle gesellschaftlichen Interessen verfügbar gemacht werden“.¹³ Was aber, wenn sich nicht einmal die Interessen der Mehrheit der metropolitanen, wohlstandsverwöhnten und globalisierungsprivilegierten Bevölkerungen in den „globalen sozialen Rechten“ widerspiegeln? Was, wenn die „modernisierte Sozialdemokratie“ à la „Linkspartei“ nur eine mögliche Variante kapitalistischer Herrschaftssicherung in Zeiten weltweiter politischer Abstinenz in den Herrschaftszentren und Aufbegehrens in deren Peripherien darstellte? Eine abwegige Vorstellung?

Warum auch in Zeiten kapitalistischer Globalisierung mit „Staat“ und „Partei“ keine radikaldemokratische Politik der Befreiung möglich ist – wenige Anmerkungen

Erstens, sich unter der Losung „globaler sozialer Rechte“ zu versammeln, erscheint erst einmal sympathisch und politisch attraktiv zu sein. Damit scheint einherzugehen, sich von den staatlich missbrauchten und gespaltenen Menschenrechten terminologisch loszulösen und gleichzeitig in politisch realisierbarer Absicht über sie hinauzuweisen. Dass sich dahinter bei den „Rechtsglobalisten“ (Michael Jäger) ein verstaatlichtes Menschenrechtsverständnis verbirgt und der vorstaatliche Charakter der Menschenrechte unterschlagen wird, sei hier einmal dahingestellt. Denn nähme der Staat diese Voraussetzung ernst, könnte er nicht mehr wie staatseigen mit ihnen umgehen, sondern alle staatlichen Institutionen, Organe und Parteien, vor allem die materielle Produktion und Reproduktion wären menschenrechtsgemäß an Selbst- und Mitbestimmung, an radikaldemokratischer Teilnahme und Teilhabe auszurichten.¹⁴ Die immanente Kritik an der staatlichen Menschenrechtspraxis, die in der Losung enthalten ist, scheint mir insofern berechtigt. Die „globalen sozialen Rechte“ scheinen keiner Begründung zu bedürfen, da sie sich aus den konkreten, oft disparaten sozialen

¹² vgl. Fn. 3, a.a.O., S. 45. Seibert nennt das nicht erwähnte Politikum kryptisch „die Anordnung der Produktivkräfte“.

¹³ vgl. Joachim Hirsch, Zwischen Staatskritik und Staatsillusion, Vortrag, gehalten am 17. März 2007 auf der Tagung „Die Welt verändern – Perspektiven einer radikalen Menschenrechtspolitik“ aus Anlass des 70sten Geburtstags von Wolf-Dieter Narr, MS, S. 2.

¹⁴ Darum sind materialistisch verstandene Menschenrechte fundamental herrschafts- und staatskritisch und zielen auf deren Aufhebung. Sie lassen sich nicht auf irgendeinen Sankt Nimmerleinstag aufschieben.

Kämpfen von selbst verstehen und rechtfertigen. Ihr radikaler moralischer Anspruch entspringt den Bedürfnissen der handelnden Menschen und ihrer Selbstorganisationen. Allerdings programmatisch auf die Übernahme der verschiedenen sozialen Forderungen in staatlich „gewährte“ Gesetze zu setzen¹⁵, wie Seibert es tut, verwandelte sie unter der Hand in staatliche Politik, an deren Auswirkungen sich die sozialen Proteste und Konflikte doch erst entzündet haben. Soziale Konflikte, die ihre Ursachen in den politisch hergestellten und abgesicherten Verhältnissen kapitalistischer Herrschaft haben, werden wieder in politische verkehrt, das heißt, in staats- und parteipolitische. Damit werden sie an die institutionelle Interessenverarbeitung der Parteien und ihrer Funktionsebenen abgeliefert. Das bedeutet Ansätze sozialer Selbstbefreiung durch staatsfixierte Politik wieder zu enteignen. Die Parlamentarisierung der Konflikte entschärfte, kanalisierte und neutralisierte sie. Sie würden kapitalkonform kleingearbeitet und bestenfalls „sozialdemokratisch“ in das Herrschaftsgefüge integriert. Sich selbst und andere politisch darauf zu orientieren, dass der Nationalstaat, die Europäische Union oder die Vereinten Nationen zum Garanten und Durchsetzungsinstrument „globaler sozialer Rechte“ werden könne, ist töricht. Welch ein Zutrauen in die verschiedenen Machtinstitutionen, die nicht demokratisch funktionieren. Käme es denn zu „globalen sozialen Rechten“ erfüllen, sie nicht einmal die gleiche nationalstaatliche, europäische oder UN-verkümmerte herrschaftspraktische Verwandlung wie die Menschenrechte seit Zeiten. *Zweitens*, insofern stellt sich die Frage erneut, ob radikaldemokratisch die Orientierung an Parteien und parlamentarische Verfahren, gleich auf welchen politisch nationalen oder internationalen Ebenen, politisch überhaupt tauglich ist, um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.¹⁶ Das von einem Teil der „radikalen Linken“ beworbene Bündnis mit politischen Parteien betreibt dieses Manöver unter der Annahme, über parlamentarische „Machtverschiebungen“ bis hin zur Regierungsbeteiligung könnten linke Positionen und Anliegen („globale soziale Rechte“) im Herrschaftsapparat gestärkt oder „anti-neoliberale Reformen“ herausgeschlagen werden. Inwieweit „Reformen“ im allgemeinen nicht nur dem „politischen Machterhalt“ der jeweiligen Funktionsebenen dienlich, sondern als Korrektur und Reparatur politischer Fehlentwicklungen im Machtbetrieb geradezu erforderlich sind, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden. Bestenfalls erhöhen sie die Integration der abhängigen Bevölkerung ins politische System (siehe den längeren Auszahlungsmodus des Arbeitslosengeldes). Grundsätzlich aber gilt: alle

¹⁵ vgl. zum Elend selbsttrügerischer Hoffnung das Editorial dieses Jahrbuchs.

¹⁶ Zu den nachfolgenden Ausführungen ohne einzelne Nachweise vgl. Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, hrsg. von Barbara Görres Agnoli, Hamburg 2004, vor allem S. 13-94 (Die Transformation der Demokratie) und S. 137-192 (Zwanzig Jahre danach); Wolf-Dieter Narr, Notizen zum „Zustand“ der repräsentativen Demokratie (oder dem, was staatschützerisch so genannt wird), in: Jahrbuch des Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1987, S. 123-156; Thomas Gehring, Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln! Bemerkungen zur Transformation der Demokratie und zu Agnolis Ansatz einer Kritik der Politik, unter: www.links-netz.de (Juni 2005).

verfassungskonformen parlamentarischen Parteien sind immer auch Staatsparteien, es sei denn sie übernehmen die Rolle der „Fundamentalopposition“ ohne eigene Machtbeteiligungsambitionen (was für die Linkspartei nicht zutrifft). Darum müssen sie um der eigenen parlamentarischen Existenz willen – von den individuellen Ambitionen grundgesetzlich dem vermeintlichen Allgemeinwohl verpflichteter Abgeordneter einmal abgesehen – den unversöhnlichen gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Kommando über Arbeit und Arbeitsvermögen und der Unterwerfung unter fremdbestimmte Arbeit, auf demokratisch auszuhandelnde Verteilungskonflikte reduzieren und die gesellschaftlichen Produktions-, Eigentums- und Klassenverhältnisse politisch ausblenden (siehe die aktuelle Mindestlohndebatte). Es geht immer um das „friedlich“ im politischen Kompromiss Erreichbare, nicht um Aufhebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Damit aber werden die gesellschaftlichen Bedingungen nicht angetastet, die wesentlich über Machtzugänge und Entscheidungsmöglichkeiten im Herrschaftsgefüge bestimmen. Das Verhältnis von gesellschaftlicher Macht und Ohnmacht bleibt in der repräsentativdemokratischen Herrschaftsform bestehen, in der vorgeblich allen Bürgerinnen und Bürgern die Macht zukommt. Sie wird nicht einmal in Frage gestellt. Parlamentarische Parteiarbeit in diesem Sinne erhält den demokratischen Schein der Gesellschaftsordnung aufrecht, als ob im Parlament die Interessen der Bevölkerung verhandelt würden, als ob die Bevölkerung präsent wäre und über gravierende Einflussmöglichkeiten verfügte. Sie ist nicht das Subjekt politischer Macht.

Drittens, der bürgerliche Nationalstaat hat – vor allen wünschenswerten Rechten – die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu garantieren, die ihn hervorgebracht und in dessen Institutionen sie sich übersetzt hat. Er hat die Verwertungsbedingungen des Kapitals immer wieder erneut herzustellen. Dazu muss die Exekutive in die gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend mittels parlamentarisch zumindest zugestimmten Gesetzen eingreifen und die Ordnung der Eigentumsverhältnisse aufrechterhalten. Die formaldemokratischen rationalen und kontrollierbaren parlamentarischen Prozeduren, die Formalisierung der Machtausübung täuschen die herrschaftsunterworfenen Bevölkerung über diese Grundlagen des Staates und seiner Institutionen hinweg. Sie binden dieselbe mit machtechnischen Mitteln und demokratisch formal zustanden gekommener Gesetze in das politische System ein.

Der bürgerlich kapitalistische Staat als vermeintlich interessenübergreifende und interessenausgleichende Selbstorganisation der Gesellschaft wird als Nationalstaat konstitutionell vorausgesetzt. Deshalb haben die eingewanderten Migrantinnen und Migranten keine hörbare Stimme im pluralen Meinungsspektrum. Deshalb kratzt es „das Parlament“ nicht, wenn Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zu Tausenden

umkommen. Ebenso vorausgesetzt wird die unterstellte Selbstständigkeit der privatwirtschaftlichen Sphäre, das heißt, ihre konstitutionelle Abtrennung vom Bereich des Öffentlichen, des politisch Gestaltbaren. Es ist nicht so, als ob der Staat nicht in die Strukturen der Wirtschaft eingriffe, zumeist um ihren Erhalt zu dienen von der Bildungs- bis zur Technologiepolitik. Um Ansätze betrieblicher Mitbestimmung wird gestritten, ohne die Herrschaft der Eigner und Kapitalvertreter anzutasten. Diese Konstruktion der Trennung von angeblich allgemeiner Politik und nach Privatinteressen organisierter Wirtschaft erfordert von allen Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich, scheinbar naturwüchsig und alternativlos, das konkurrenzgetriebene Rattenrennen um Arbeit und Selbsterhaltung aufzunehmen und das Gesellschaftssystem zu reproduzieren. Das „unternehmerische Selbst“ soll dieses Rattenrennen möglichst zwanglos und kreativ selbst organisieren. Die Konstitution kapitalistischer Herrschaft wird in die Subjekte selbst verlagert. Es ist ersichtlich, dass die dem rechtlich unterstrichenen Anschein nach getrennten Sphären des Öffentlichen und Privaten, von Politik und Ökonomie aufeinander bezogen sind. Inzwischen übersetzen die politischen Klassen der jeweiligen Nationalstaaten die kapitalistischen Imperative (Deregulierung, Privatisierung und Marktöffnung) aus den internationalisierten Entscheidungsinstitutionen, so genannte Sachzwänge des Weltmarktes, in staatliche Politik und werden Teil der verstaateten Konkurrenz auf globaler Ebene. Die kapitalistisch nicht globalisierungskompatiblen Staaten werden notfalls gewaltsam „integriert“. Wie sollten repräsentativdemokratisch von den nationalen Entscheidungs- und Machtbefugnissen ferngehaltene Bürgerinnen und Bürger auf die global erzeugten Probleme einwirken können? Wen wundert's, dass sich politische Apathie unter ihnen breit macht. Den Parteien droht das Wahlvolk abhanden zu kommen. Damit können sie ihrer Aufgabe, es über Willens- und Meinungsbildungsprozesse in die demokratische Herrschaftsordnung zu integrieren, nicht nachkommen.

Viertens, wer auf nationalstaatlicher oder auf europäischer Ebene nach Parteien als wirkungsvollen Bündnispartnern „globalisierungskritischer Bewegungen“ schießt, setzt auf mögliche aufbrechende Interessenkonflikte im Parlament als der Institution repräsentativer Demokratie, die auch ohne Bürgerinnen und Bürger auskommen könnte, wenn keine Wahlen zur demokratischen Elitenrotation nötig wären. Dass dem Parlament auf europäischer Ebene gerade einmal ein begrenztes Mitentscheidungsmandat zugesprochen wird, sei demokratiekritisch nur angemerkt. Die Funktion repräsentativer Demokratie aber besteht darin, von den tatsächlichen Herrschaftsverhältnissen abzusehen und diese „demokratisch“ zu legitimieren. Die notfalls gewaltsam aufrecht erhaltene kapitalistische Gesellschaftsordnung erscheint durch pluralistische Interessen gekennzeichnet. Auftretende Interessenkonflikte werden im Prozess der Parlamentarisierung versachlicht, verwaltet und entpolitisiert.



Entscheidend bei der Lösung von Interessenkonflikten im Rahmen des verfassungsgemäßen Pluralismus ist nicht das Parlament, sondern die Exekutive und deren überlegene, demokratisch nicht legitimierte Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Funktionärsspitzen der Parteien und mit Verbandsvertretern (siehe die Arbeitsmarktregulierungen der vergangenen Jahre, die in der Bertelsmann-Stiftung ausgeheckt worden sind). Das heute politische Entscheidungen nicht in dem formell intakt gehaltenen parlamentarischen Verfahren getroffen werden, sondern in diversen informellen privaten Netzwerken und parteiübergreifenden Ausschüssen abstimmungsreif vorbereitet werden, verschiebt die Macht nur weiter weg von den Bürgerinnen und Bürgern. Insofern wird nicht der Souverän im Parlament repräsentiert, sondern der bürgerlich kapitalistische Staat. Die im Parlament vertretenen Parteien haben die im nationalen Interesse vorbereiteten und parlamentarisch zugestimmten Entscheidungen, Regelungen und Gesetze dem Souverän lediglich zu vermitteln. Dazu dient das mediale Politainment der Talk-Runden, an dem sich die Funktionseliten der „Linkspartei“ plaudernd beteiligen. Mit ihm werden die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich entmündigt und zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern erzogen. Die Etatisierung der Parteien ist die Folge repräsentativer Demokratie, ihre Politik muss sich wahltechnisch auf die Konkurrenz von kleinen Führungskadern reduzieren, die um Wählerinnen und Wähler buhlen. In diesem Spektakel wird nicht politisiert, sondern vor allem manipuliert und dem Souverän populistisch nach dem Munde geredet. Denn nur über Wahlen und den entsprechend gewonnenen Stimmanteilen können die diversen Positionen und Ämter im Herrschaftsgefüge eingenommen werden. Danach ist der Souverän wieder ohnmächtig ins Rattenrennen entlassen. Wer mit Parteien paktieren oder für diese mobilisieren will, wertet die Institutionen repräsentativer Demokratie auf und reproduziert die gegebenen antidemokratisch „demokratische Herrschaftsform“. Kann das Aufgabe einer radikalen Linken sein?

Fünftens, die auf internationaler Ebene festgelegten Entscheidungsvorgaben über den expansiven Prozess kapitalistischer Globalisierung schränken die nationalstaatlichen Einflussmöglichkeiten ein und schlagen damit auf die nationalstaatlichen, insbesondere wohlfahrtsstaatlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch. Der bürgerlich kapitalistische Staat, der sich über die Form repräsentativer Demokratie legitimiert, muss legitimationsbedingt symbolisch an dieser Form festhalten, unter der der nach innen und außen hochgerüstete präventive Sicherheitsstaat deutlicher zum Vorschein kommt, je weniger die politische Klasse den Verteilungsmodus gesellschaftlich hergestellten Reichtums beeinflussen kann. Die undemokratische Wirklichkeit hinkt dem verfassten Demokratieideal der BRD nicht einfach nach. Sie ist im „Ideal“ und seiner Verfassung angelegt.

Sechstens, eine zweite, nicht weniger voraussetzungsvolle Annahme der „Rechtsglobalisten“ ist nur kurz anzusprechen: anti-neoliberal, der kleinste gemeinsame „kritische“ Nenner der globalisierungskritischen Allianz, ist weder ein gesellschaftskritischer noch ein besonders aufklärender Begriff. Er markiert lediglich eine von der herrschenden Politik, gewöhnlich als „Neoliberalismus“ bezeichnet, abweichende politische Haltung. Der Begriff „Neoliberalismus“ diene vor allem dazu, und zwar oft sehr unbestimmt, die aktuelle politische Entwicklung vom „Keynesianismus“ als historisch vorhergehender Phase sozialdemokratischer Politik bis Anfang der 1970er Jahre terminologisch abzuheben. Darum können heute viele politische Positionen und Machtansprüche mit dem Etikett „anti-neoliberal“ versehen werden. Gemeinsame politische Vorstellungen, wie die „linke“ Wiederentdeckung der Staatlichkeit zeigt, ergeben sich daraus nicht. Es ist nicht ersichtlich, dass die scharfe Kritik des indischen Aktivisten aus dem Weltsozialforum, Jai Sen, wie er sie an den Protestakteuren in Heiligendamm trotz allem nachsichtig übte, in die Reflexionen derer, die einer „anti-neoliberalen Allianz“ schmieden wollen, eingegangen wäre.

„Wir registrieren viel zu wenig, dass es mittlerweile viele andere Akteure gibt, die die Welt verändern, mehr, als wir das tun. Aber diese Leute waren nicht in Heiligendamm. Dort war vor allem eine weiße, männliche Elite. Wir und unsere Theoretiker/innen nennen unsere Bewegung gerne ‚Globalisierung von unten‘. Aber wir kommen gar nicht von unten, eher aus der Mitte. Die, die die Welt ... von unten bewegen, sind andere, z.B. die Migranten auf der ganzen Welt. Oder Bewegungen, wie die in Bolivien. ... So repräsentiert ein Großteil der Bewegung in Rostock in gewisser Weise eine Elite. Vielleicht eine neue Elite, die mit ihren unsichtbaren Machtstrukturen vor allem sich selbst und auch kapitalistische Strukturen reproduziert.“¹⁷

„Die Transformation der Linken“ und die „redundant population“

Mutmaßlich einer der letzten von Johannes Agnoli veröffentlichten Artikel trägt den Titel „Die Transformation der Linken“.¹⁸ Für diesen hat er einen langen inhaltlich ausblickenden Untertitel gewählt: „Der lange Marsch von der Kritik des Politischen zum Glauben an den Staat. Ein Versuch über Dritte Wege, den Weltmarkt und die Aktualität der Utopie“. Er stellt in diesem Artikel sein Verständnis vom Wesen der Politik voran: „Politik als System der Machteroberung, Erhaltung und -ausübung. Von diesem wirklichen Sinn, also von der institutionellen, teils konstitutionellen Form der Staatlichkeit, in die sich gesellschaftliche und ökonomische Herrschaft übersetzt“, gingen seine nachfolgenden Überlegungen aus. Er konstatiert: „Die ehemals

¹⁷ vgl. Interview mit dem indischen Aktivisten Jai Sen, in: analyse & kritik Nr. 518, 22. Juni 2007, S. 17.

¹⁸ Erschienen in: Die ZEIT, Nr. 8, vom 17. Februar 2000, wenige Tage vor seinem 75. Geburtstag am 25. Februar. Alle nachfolgenden Zitate sind dem Artikel entnommen.

emanzipatorische Linke lässt offensichtlich in der Ausweglosigkeit der eigenen Verstrickung mit der veränderten Wirklichkeit die Hoffnung fahren. Es stellt sich aber keine gemeine Resignation ein, noch zieht sich die Linke in privatisierte Nischen zurück. Vielmehr bleibt sie aktiv, ändert nur die Position, sagt dem früheren Standpunkt Lebewohl, drängt sich zur institutionellen Macht, macht sich selber zum Staat und wird – sozialdemokratisch.“ Ich will an dieser Stelle nur eine der von Johannes Agnoli diskutierten Erscheinungen herausgreifen: die Weltüberflüssigen. Er fragt:

„Wie ist aber im entfesselten Weltmarkt – ohne dass eine Weltgesellschaft existierte – Weltpolitik möglich? Wie wird sich in dieser Situation Herrschaft in eine institutionelle Macht gießen, die all die alten menschenfreundlichen Rechtskautele berücksichtigt und das Prinzip der Volkssouveränität nicht als obsolet erklärt, obwohl es ein Weltvolk gar nicht gibt? Dies ist sogar nur eine Seite des Problems. Eine andere kommt hinzu, vor der die politische Reflexion sich fürchtet – und die jede Emanzipationsbewegung in eine arge Bedrängnis führt. Wir haben es nicht nur mit globaler Ökonomie, mit den Schwierigkeiten der sich so nennenden Industrienationen zu tun, sondern auch mit dem Rest der Welt, mit der *redundant population* .“

Nach der Feststellung, Kapitalismus erzeuge nicht nur Reichtum, sondern auch eine überflüssige Weltbevölkerung, die nicht mehr in den Weltmarkt integriert werden könne¹⁹, aber unter die Räder totaler Subsumtion ökonomisch-gesellschaftlicher Prozesse, der globalen Marktbedingungen und Akkumulationserfordernisse gerate, fährt er fort mit der Frage,

„ob diese Überflüssigen eine Negation des sie außen vor lassenden Systems sein können. Sie sind jedenfalls – mögen sie auch noch im Zustand der Passivität, der Resignation und der ohnmächtigen Geduld verharren – weder integriert noch integrierbar. Sie stehen vor den Toren des ökonomisch gesicherten und gesellschaftlich verteilten Wohlstands. Der Weltmarkt braucht sie höchstens als Ressourcenlieferanten, aber nicht als Subjekte gesellschaftlicher und ökonomischer Tätigkeiten.“

Die Interessen und Bedürfnisse der „Weltüberflüssigen“, auf deren weltweites „Auftauchen“ im Prozess kapitalistischer Globalisierung Johannes Agnoli und andere Autoren aufmerksam machen, scheinen den „modernisierten Sozialdemokraten“ und ihrem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit²⁰ offensichtlich aus dem Blick geraten zu

¹⁹ vgl. dazu: Mike Davis, Planet of Slums, Berlin 2007, insbesondere das Kapitel „Eine überschüssige Menschheit?“, S. 184 ff; Dirk Vogelskamp, Gewaltsame Zonierung und Wege der Migration, in: WeltTrends, Nr. 57 (Winter), 15. Jg., Potsdam 2007, S. 116-122.

²⁰ vgl. Thomas Seibert, Jenseits des Sozialstaates: Weltbürgerliche Solidarität. Medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit, unter: <http://www.medico-international.de/hintergrund/almaata/SozSicherheit.pdf>

sein. Sie können durch keinen „sozialdemokratischen Klassenkompromiss“ oder „sozialen Pakt“ vertreten werden. Das informelle globale Subproletariat ist – wie heute viele von staatlicher Unterstützung abhängige Menschen in der BRD – für den kapitalistisch organisierten, gesellschaftlichen Produktionsprozess überflüssig. Ihre Reproduktion unrentabel. Die „moderne Welt“ benötigt sie nicht. Weder als Konsumenten noch als Produzenten. Es sind moderne unpassende menschliche Existenzen, die, wie Samir Amin betont, in der Logik des Kapitals auch ausgelöscht werden könnten.²¹ Damit sei wieder auf Jean Zieglers drastischem Statement zu Beginn meines Artikels verwiesen.

Was bedeuten in diesem Falle politisch programmatische Sätze wie „demokratische Kontrolle der Arbeitsteilung“ oder Globalisierung „als einen demokratischen Prozess gestalten“? (Medico-Thesen)²² Soll dies im Rahmen der oben beschriebenen staatlichen/transnationalen Institutionen geschehen? Eine neue „sozialdemokratische Weltordnung“? Eine Weltordnung, in der der Prozess der Arbeitsunterwerfung, Arbeitszurichtung und Ausbeutung „sozialdemokratisch“ organisiert würde? Die Zukunft für die „überschüssige Menschheit“, die nicht mehr in den globalen Kapitalverwertungsprozess integriert werden kann, bleibt in diesen linksradikalen, arbeitsorientierten Entwürfen seltsam offen. Bereits in der „Transformation der Demokratie“ heißt es bei Agnoli: „In den westlichen Ländern mit einer politisch profilierten, oder gar teilweise kommunistischen organisierten abhängigen Klasse ist die Parlamentarisierung der Linken zu einer Lebensfrage des Kapitalismus geworden.“²³ Seitens der „Linkspartei“ jedenfalls scheint man bereit zu stehen. Mir scheint, die Wiederentdeckung der Staatlichkeit seitens der „radikalen Linken“ sucht nicht die Abschaffung kapitalistischer Herrschaft, vielmehr ihre transformierte Verlängerung, hübsch eingeschlagen in eine wohlklingendes Projekt sozialer Gerechtigkeit und globaler sozialer Rechte. Wohin aber mit denen, denen die materielle Reproduktion des Lebens schon heute verweigert wird? Vielleicht fehlt mir die selbsttrügerische Hoffnung für ein solches Projekt globaler Gerechtigkeit aus den Schaltstellen staatlich anti-neoliberaler Macht, die von unten, bitteschön, kämpfend legitimiert werden möchte. „Sie gießen die Rebellion in die Form der Versöhnung.“, so John Holloway.²⁴ Soll die Herrschaft des Kapitals tatsächlich gebrochen werden, werden die Veränderungsprozesse radikal unten anzusetzen haben, außerparlamentarisch und mit denen, die die Prozesse der Selbstbefreiung schon heute ausprobieren, die, wie John Holloway es nennt, revolutionäre Löcher in die Herrschaft

²¹ vgl. Samir Amin, Der kapitalistische Genozid, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 48, Heft 7/2004, S. 817-824; hier, S. 819.

²² vgl. Fn. 18.

²³ vgl. Fn. 16, Johannes Agnoli, a.a.O., S. 81.

²⁴ vgl. John Holloway, Die Druckerei der Hölle, in: Das Argument, Nr. 250, Heft 2/2003, S. 219-227; hier, S. 221 f.

der Dinge und des Kapitalismus brennen.²⁵ Damit wird kein Horizont des Rechts, sondern der sozialen Überlebenskämpfe aufgerissen. Die Zeit läuft gegen uns. Aber haben wir eine Wahl, Sisyphos?

Dirk Vogelskamp arbeitet im Sekretariat des Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Artikel erschien in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Jahrbuch 2008: Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie, Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 154-169

²⁵ vgl. vorherige Fn., ebenda; Johannes Agnoli schreibt in der „Transformation der Demokratie“: „Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.“ Vgl. Fn. 16, a.a.O. S. 37. Er hat stets am „Prinzip Negation“ festgehalten: dass alle Verhältnisse umzuwerfen seien, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (Marx). Heute müsste hinzugefügt werden: ein „überflüssiges“.